

Annoucen-
Annahme-Bureau
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17.)
bei G. L. Meier & Co.
Breitestr. 20,
in Grätz bei F. Streifand,
in Reserich bei H. Mathias,
in Breschen bei J. Jadesohn.

Posener Zeitung.
Neunzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. L. Meier & Co.,
Haasenpfein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlich
beim „Invalidentank“.

Nr. 304.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal
erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Mittwoch, 2. Mai.

Preis: 20 Pf. die sechsgeheftene Beilage oder deren
Raum. Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
6 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Amtliches.

Berlin, 1. Mai. Der König hat dem Sanitäts-Rath Dr. med.
Kuhfus zu Hörde im Kreise Dortmund und aus Veranlassung seines fünfzig-
jährigen Dienstjubiläums als Knappschaftsarzt den Charakter als Ge-
heimer Sanitäts-Rath, und dem Steuerempfänger Voigt zu Erbrings-
hausen im Kreise Wehlar bei seinem Ausscheiden aus dem Staats-
dienste den Charakter als Rechnungsrath verliehen; sowie den seit-
herigen unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Kendsburg, Medicinal-
Meffior Lehmann, der von der dortigen wahlberechtigten Bürgerschaft
getroffenen Wiederwahl gemäß, in gleicher Eigenschaft für eine ferner-
weite sechsjährige Amtsdauer, und den Regierungs-Referendar Janßen
zu Suhl, der von der Stadtverordneten-Versammlung daselbst getrof-
fenen Wahl gemäß, als besoldeten Beigeordneten der Stadt Suhl auf
die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer ernannt.

Deutscher Reichstag.

76. Sitzung.

Berlin, 1. Mai. Am Tische des Bundesraths: v. Schelling.
Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr.
Der Gesetzentwurf über die Reichskriegshäfen paßirt ohne
wesentliche Debatte die dritte Lesung.
Es folgen Wahlprüfungen.
Die Wahl des Abg. Dr. Stübel (V. Sachsen) beantragt die
Kommission für gültig zu erklären. Das Haus beschließt demgemäß,
nachdem Abg. Liebknecht erklärt hat, er behalte sich vor, auf die zahl-
reichen Maßnahmen, welche die sächsische Polizei bei den Wahlen in
unzulässiger Weise zur Geltung gebracht habe, später zurückzukommen.
Die Wahl des Abg. Stoll (II. Straßburg) wird dem Antrage
der Kommission entsprechend beanstandet, die Wahl des Abg.
Boschmann (XVII. Hannover) für gültig erklärt.
Die Wahl des Abg. Dr. von Schwarze (IV. Königreich
Sachsen) beantragt die Kommission, Referent Abg. v. Heereman,
zu beanstanden.
Abg. Liebknecht: Der jetzige Modus der Wahlprüfungen ver-
fehlt durchaus den Zweck derselben, da meist, ehe die erforderlichen von
der Kommission vorgeschlagenen Recherchen, welche die Folge der Be-
anstandung sein sollen, vom Reichstage genehmigt und zur Ausfüh-
rung gebracht sind, die Session längst vorüber ist. Dadurch wird die
Wirkung der Beanstandung meist illusorisch. Diese Einrichtung müßte
geändert werden und eine Frist vorgeschrieben sein, in welcher die in
anderen Ländern alle Wahlprüfungen erledigt sein müssen. Dazu ge-
hörte zuerst eine Neuorganisation der Wahlprüfungskommission, die
drei Monate nach den Wahlen ihre Arbeiten beschließen haben müßte.
In allen Fällen, wo Beanstandung beantragt ist, müßte der von die-
sem Beschluß betroffene Abgeordnete sich auf eine beratende Stimme
beschränken. — In den verschiedensten Fällen sind die Untersuchungen,
die hier beschlossenen worden sind, auch nicht ausgeführt worden. In
Dortmund ist nach Bekanntmachung des Wabltages den Sozial-
demokraten die Abhaltung von Wahlversammlungen verboten worden;
hier hat also der Beschluß des Hauses nicht genügt, um eine Aende-
rung in der Haltung der Polizei zu erreichen. In Sachsen stand
von vornherein der Beschluß fest, die Sozialdemokraten am Wählen
zu verhindern, das ist ein sonderbarer Beschluß einer Regie-
rung, die sich die Förderung der sozialpolitischen Reformen be-
sonders angelegen sein zu lassen vorgibt. Es ist auch thöricht,
die Sozialdemokraten am Wählen zu verhindern, weil die Bethei-
ligung an der Wahl der Ausdruck dafür ist, daß eine Partei
sich an den öffentlichen Arbeiten betheiligen will und an der Aende-
rung der bestehenden Verhältnisse auf legalem Wege mitwirken will.
In Dresden ist die Polizeipraxis bereits so weit gediehen, daß es
überhaupt unmöglich ist, eine Versammlung von Sozialdemokraten
abzuhalten. Die Konfiskation sozialdemokratischer Stimmzettel hat in
dem Falle der Wahl des Abg. Hänel bereits die Kommission zur
Ungültigkeitserklärung veranlaßt. Beim Vertheilen von Flugblättern
ist eine Anzahl von Personen verhaftet und mit Gefängnisstrafen bis
zu 9 Tagen belegt worden. Auch ich werde noch zwei Monate
abhängen müssen, weil ich in einem Flugblatt dasselbe gesagt habe, in
Betreff der Politik des Reichskanzlers, was der Abg. Mommsen
straflos bereits gesagt hat. Aus alle dem kann man erkennen, in
welcher Weise die Einschüchterung der Wähler betrieben worden ist, und
ich erkläre deshalb meine Zustimmung zu dem Beschluß der Kommission.
Die Ordnungsparteien haben sich zu einem Resolventen gegen uns
vereinigt. Dadurch ist ein Schandfleck auf die Ehre Sachsens gepreßt
worden. Die nationalliberale Presse hat das Vorgehen der Regierung
gebilligt, sie trägt also auch einen Theil der Verantwortung an diesen
Zuständen.
Abg. v. Köller erklärt sich die Gerechtigkeit des Abg. Liebknecht
aus dem Umstande, weil er selbst in dem vorliegenden Falle der leid-
tragende Theil ist, da er dem Abg. v. Schwarze unterlegen ist. Der
Borredner beschwerte sich über die langsamen Arbeiten der Wahlprü-
fungskommission, weil er nicht weiß, welche schwierige, umfangreiche
Arbeiten diese Kommission zu erledigen hat, welche ungeheure Anzahl
von Protesten der Sozialdemokraten, die zu verlesen nicht ganz leicht
ist, derselben zugehen. Der Vorschlag des Abg. Liebknecht ist durchaus
unausführbar, da an eine gründliche Erledigung der Proteste nicht zu
denken wäre, wenn Alles in drei Monaten erledigt sein müßte. Der
andere Vorschlag des Abg. Liebknecht, daß Mitglieder, deren Wahl be-
anstandet ist, nur beratende Stimme haben dürfen, erklärt sich aus
einer völligen Verkennung des Charakters der Beanstandung. Damit
wird gesagt, daß man zu einem definitiven Schlusse nicht kommen kann,
bevor nicht gewisse Erhebungen veranfaßt sind. Was die Ausführung
der Erhebungen durch die Behörden betrifft, so ist den letzteren durch-
aus nicht der Vorwurf der Verschleppung zu machen; sie bemühen sich
vielmehr in der promptesten Weise alles zu prüfen, was aber bei sozial-
demokratischen Protesten keineswegs eine leichte Sache ist.
Abg. Heereman erklärt als Vorsitzender der Wahlprü-
fungskommission, daß dieselbe nach Möglichkeit die Arbeit fördere, daß die
Mitglieder derselben jedoch durch ihre Thätigkeit in anderen Kommis-
sionen vielfach an der Theilnahme an den Sitzungen gehindert würden.
Die Thätigkeit der Kommission ist auch eine äußerst schwierige, was
den meisten unbekannt ist; es sind Erhebungen anzustellen, die oft viel

Zeit in Anspruch nehmen und ohne deren Ergebnis ein Beschluß nicht
gefaßt werden kann. Die Vorschläge des Abg. Liebknecht, die sich auf
eine Aenderung der Wahlprüfungen beziehen, sind durchaus unausführ-
bar. Redner führt schließlich aus, daß Beschwerden aus sozialdemokra-
tischen Kreisen oft ganz grundlos, ganz aus der Luft gegriffen sind
und daß es nicht möglich sei, ohne die eingehendste Untersuchung einen
Beschluß zu fassen.
Abg. Günther (Sachsen) bedauert, daß kein sächsisches Mitglied
des Bundesraths anwesend ist, welches die Ausführungen des Abg.
Liebknecht hätte widerlegen können. Wir haben kein Recht, die säch-
sische Regierung zu vertreten, da wir von derselben vollkommen unab-
hängig sind, und werden es bei einer späteren Gelegenheit nachweisen,
daß die meisten Ausführungen des Herrn Liebknecht Uebertreibungen
sind. Derselbe hat auch erklärt, daß wir uns freuen müßten, daß die
Sozialdemokraten an den Wahlen Theil nehmen, weil dies ein Beweis
sei, daß sie nicht Revolution, sondern Reformen wollen. Das Letztere
bestreite ich, da sie in ihren Versammlungen stets die revolutionären
Ideen in den Vordergrund stellen, und durch die Theilnahme der
Sozialdemokraten an den Wahlen werden nur die Gemüther des
Volkes erregt. Sie benutzen meistens die Wahlen, um für ihre Grund-
sätze Agitation zu treiben. Nach meinem Dafürhalten ist das Sozial-
istengesetz auch für die Wahlzeit anzuwenden und bei Erlaß desselben
hat sicher nicht die Absicht bestanden, das Gesetz für bestimmte Fälle
zu suspendiren.
Abg. Wölffel tritt gleichfalls den Ausführungen des Abg. Lieb-
necht über die Thätigkeit der Wahlprüfungskommission entgegen und
rechtfertigt deren Verfahren.
Abg. Liebknecht: Ich habe der Kommission keinen Vor-
wurf machen wollen, erkenne vielmehr ihren Fleiß und ihre Unpartei-
lichkeit unbedingt an, nur gegen den Modus habe ich mich aus-
gesprochen, und es dürfte doch nicht so schwer sein, hier eine Aenderung
eintreten zu lassen.
Die Anträge der Kommission werden angenommen.
Die Kommission beantragt ferner, die Wahl des Abg. Schmidt
für Elberfeld-Barmen zu beanstanden und den Reichskanzler auf-
zufordern, amtliche Ermittlungen über die in dem Protest behaupteten
Thatsachen zu veranlassen.
Abg. Rittinghausen (Sozialdem.) führt hier an, daß ihm
in dem betreffenden Wahlkreise das Abhalten von Wahlversammlungen
untersagt sei.
Der Kommissionsbeschluß wird angenommen.
Ueber die Wahl des Abg. Pilgrim (Hannover) beschließt die
Kommission, die früher verlangte Auskunft vom Reichskanzler durch
die eingegangenen Mittheilungen für erledigt zu erklären, ferner bean-
tragt sie, Gültigkeit der Wahl des Abg. Kwilecki (Posen).
Vier Anträge werden ohne Debatte angenommen.
Es folgt die Beratung des folgenden Antrags der Abg.
Kaiser und Liebknecht:
Den Herrn Reichskanzler aufzufordern, zu veranlassen, daß gegen
die Polizeibeamten, welche in Kiel die Abgeordneten v. Bollmar und
Frohme entgegen dem Artikel 31 der Reichsverfassung verhafteten und
sie so gewaltsam verhinderten, an den Beratungen und Beschluß-
fassungen des Reichstages theilzunehmen, das Strafverfahren wegen
Verletzung der einschlägigen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches
eingeleitet werde. Von dem Resultat des Verfahrens ist dem Reichs-
tag schleunigst Mittheilung zu machen.
Abg. Kaiser motivirt diesen Antrag damit, daß es sich hier um
die Wahrung der Rechte der Volksvertretung handle. Auf die Wahrung
der Prärogative der Regenten wird ja sehr strenge geachtet. Hier ist
die Festnahme der beiden Abgeordneten sehr verhängnisvoll gewesen.
Die Polizeivorlage wurde mit Stimmengleichheit an die Kommission
verwiesen, wären die beiden Abgeordneten hier gewesen, so wäre das
nicht passiert. Bekommen wir jetzt die Polizeivolle, so kann sich das
Volk bei den Polizeikommissarien in Kiel dafür bedanken. Es ist
also jedenfalls nöthig, daß das Gericht einmal prüfe, ob hier nicht
das Verbrechen des § 106 des Strafgesetzbuchs vorliegt und deshalb die
Beamten, die sich hier Ueberriffe haben zu Schulden kommen lassen,
unter Anklage gestellt werden müssen.
Abg. Dr. Windthorst beantragt den Antrag Kaiser der
Geschäftsordnungskommission zu überweisen, man kann allerdings zu
der Ansicht kommen, daß ein strafbares Vorgehen vorliegt; es empfiehlt
sich Vorberatung durch eine Kommission.
Abg. Frohme beduzirt im Sinne seines Kollegen Kaiser, und
bittet den Antrag Windthorst anzunehmen. Dies geschieht und zwar
mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität.
Es folgt die Beratung des folgenden vom Abg. Ricker gestel-
lten Antrages: Der Reichstag wolle beschließen: die Kommission,
welcher der Krankenfassen- und Unfallversicherungs-Gesetzentwurf zur
Vorberatung überwiesen ist, zu erlauben:
dem Plenum über die grundlegenden §§ 1—14 des Unfall-
versicherungs-Gesetzentwurfs baldigt und vor
der Durchberatung der übrigen Paragraphen
Bericht zu erstatten.
Abg. Ricker: Die letzte Staatsberatung hat länger als in
früheren Jahren gedauert, die gewöhnliche Dauer der Staatsberatungen
ist 13 bis 14 Tage. Dieser vierzehn Tage wegen soll nun der Etat
pro 1884/85 nicht im Herbst erledigt werden, sondern schon in aller-
nächster Zeit. Keiner im Hause lehnt es ab, jetzt den Etat zu beraten,
zumal die Regierung verfassungsmäßig berechtigt ist, jetzt nach Beginn
des Etatsjahres den Etat vorzulegen. Hätten wir den Etat vor 5
Monaten beraten, so hätten wir sieben Millionen mehr an Matricular-
beiträgen zahlen müssen, als jetzt. Das liegt daran, daß ein Etat zu
dieser Zeit nur mechanisch fertig gestellt werden kann und reine Kalku-
lator-Arbeit ist, da von einer richtigen Schätzung der Ueberschüsse
damals noch nicht gesprochen werden konnte. Ob durch die
Staatsberatung der Herbst frei werden wird für die Beratung
des Unfallgesetzes, bezweifle ich, da bei der Zusammen-
stellung der Einnahmen und Ausgaben, die uns im Herbst zu-
gehen muß, uns Gelegenheit genug geboten ist, die großen Debatten,
die man gern vermeiden möchte, wieder anzuknüpfen. Also die Staats-
beratung wird den sozialpolitischen Gesetzen nichts nützen. Unser
Antrag ist einfach, keineswegs ein taktischer Schachzug und erklärt, daß
wir bereit sind alle Kräfte anzuzurengen, um die in der Votschaft aus-
gesprochenen Ziele zu erreichen. Wir wünschen Klarheit der Situation
und endlich in das Gebiet der formulirten Gesetzentwürfe einzutreten.
Ein Mißtrauensvotum gegen die Kommission enthält mein Antrag
nicht, wir glauben sogar, daß die Kommission sich in der Richtung des
Antrags bewegt. Heute ist allerdings die Kommission, in der die ver-

schiedenen Gruppen nicht vertreten sind, die im Hause den Ausschlag
geben, nicht mehr der Ausdruck der Ansichten der Majorität und ein
entgegengesetztes Vorgehen der Kommission würde mich nicht betren.
Bei dieser Gelegenheit wollen wir erfahren, ob die Regierung den
Reichszuschuß als conditio sine qua non betrachtet, gegen den sich im
Jahre 1881 eine Majorität aus den verschiedenen Parteien zusammen-
gefunden hatte, dann wollen wir erfahren, ob 95 Pro. aller Unfälle
auf die Krankenversicherung abgemälzt werden soll, wodurch die Lage
der arbeitenden Klassen nur verschlimmert würde, und schließlich, ob man
dieselbe Organisation, zu der man im Lande kein Vertrauen hat, bei-
behalten will. Gegen den Angriff der „Kreuzzeitung“, daß wir durch
einen Beschluß kein Recht hätten, in die Autonomie der Kommission ein-
zugreifen, will ich mich nicht weiter auslassen; wenn die Sache selbst am
Heren liegt, kann mit solchen Erwägungen nicht kommen und ich hoffe,
daß es in der Kommission Niemand geben wird, der im Falle der An-
nahme meines Antrages strifen würde. Wird mein Antrag abgelehnt,
dann arbeitet die Kommission weiter, und wenn die Session geschlossen
wird, dann ist Alles umsonst gewesen. Wird sie vertagt, dann ist es
auch nicht besser, denn wir werden die Vorlage dann ablehnen, und
bis eine neue Vorlage ausgearbeitet wäre, könnte die Session bereits
zu Ende sein. Auch darüber müßte uns Auskunft werden, wie es sich
mit der geplanten Alters- und Invaliden-Versicherung verhält, die in
den Motiven im Jahre 1881 mit Beziehung auf die Finanzlage abge-
wiesen wurde und von welcher in der Votschaft wiederum die Rede ist.
Ich hoffe, daß die Regierung keine Altersversicherung, wie sie uns vor
drei Jahren in dem Antrag Stumm vorgelegt wurde, plant. Wir, die
wir stets auf Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen bedacht
sind, glauben, daß die Verantwortung für ein so solches Werk zu
groß ist, und wir tragen Bedenken, Hoffnungen im Volke zu erwecken,
die nicht verwirklicht werden können. (Sehr richtig! links.) Unser
Antrag ist ein Mittel zu dem Zweck, die kaiserliche Votschaft auszu-
führen; nehmen Sie ihn an, dann werden Sie am besten Ihre In-
tentionen verfolgen. (Bravo! links.)
Abg. v. Kardorff: Der Abg. Ricker hat das gesagt, was wir
von Herrn Ricker schon gehört haben und Herr Ricker hat damit
wohl beklunden wollen, daß er auf dem Standpunkt der Fortschritt-
partei steht. Der Ton der Liberalen gegenüber der kaiserlichen Bot-
schaft ist jetzt schon wesentlich modifizirt, nachdem die Herren sich über
den Eindruck vergewissert haben, den dieselbe im Lande gemacht hat.
(Sehr richtig! rechts.) Der Eifer für das Zustandekommen des Ge-
setzes ist löblich, aber, wie Sie der Regierung allerhand Motive unter-
schoben bei ihren Plänen, so müssen Sie mir auch gestatten, daß ich
Ihren Motive unterschiebe. Ich glaube, Sie wollen sich vor dem
Lande den Anstrich geben, als ob Sie durchaus an der Ausführung
der Aufgaben, die die Votschaft uns stellt, verhindert worden. Ich
glaube aber auch, daß wir durch Annahme des Antrags Ricker weiter
mit dem Unfall- noch mit dem Krankenfassen-Gesetz zu Ende kommen
werden. Was den Etat betrifft, so bin ich der Meinung, daß für die
Zukunft in diesem Falle kein Präjudiz geschaffen wird und daß die
Ausführungen des Herrn Ricker über denselben eher für als gegen die
zweijährigen Etatsperioden sprechen. Man legt überhaupt zu viel Ge-
wicht auf die Staatsberatungen, während man den Schwerpunkt der
Diskussion über die Finanzlage in die Rechnungsrevisionen verlegen
sollte. Ich erkläre also, daß ich nicht Herrn Ricker in seiner Inter-
pretation der kaiserlichen Votschaft folgen werde, sondern der Regie-
rung, die mir ihrer Natur nach eher in der Lage zu sein scheint, zu
wissen, was der Kaiser will, als Herr Ricker. (Sehr gut! rechts.)
Dem Centrum sage ich Dank dafür, daß es wie zu der Wirtschafts-
reform, so auch zur Sozialreform des Kanzlers nach Kräften beiträgt.
Herr Ricker wird mir gewiß darauf sagen, daß ich mit dem Centrum
Geschäfte machen will. Das trifft aber auf mich nicht zu, der ich der
Meinung bin, daß wir das Recht, den Kulturkampf weiter zu führen,
verloren haben, nachdem wir zu der Erkenntnis gelangt waren, daß
hinter dem Centrum das katholische Volk steht, und weil das Centrum
mitgeholfen, das Reich selbständig zu machen. Nur Herrn Ricker wäre
es sehr unbecquem, wenn der Kulturkampf beendet würde, denn allein
die Fortschrittspartei hat es verstanden, Vortheil daraus zu ziehen.
Ich bitte das Centrum, uns beim Unfallgesetz dieselbe Unterstützung zu
gewähren, wie bei den anderen Gesetzen.
Abg. Dr. Buchl beantragt die Beratung der Kommission zu er-
strecken auf die §§ 1, 5, 6, 7, 9 bis 14, 33, 97 und 98. Redner be-
dauert, daß der Borredner den Abg. Ricker mit keinem Worte zu
widerlegen versucht und daß ihm (Redner) dadurch neues Material zu
seinen Ausführungen nicht geboten sei. Der Abg. Kardorff hat gesagt,
daß das erste Unfallgesetz durch die Mitwirkung der Konservativen,
des Centrums und der Nationalliberalen zu Stande gekommen ist; ich
erkläre demgegenüber, daß alle Parteien gleich lebhaften Antheil an
den Beratungen genommen haben, daß alle politischen Parteienunter-
schiede dabei zurücktraten und von der Fortschrittspartei viele be-
merkenswerthe Vorschläge gemacht worden sind. Eine Vorberatung
halte ich für zweckdienlich, und wenn ich als Mitglied der Kom-
mission, nach fünfzig Sitzungen, einem dahingehenden Antrage zu-
stimme, so können Sie daraus ersehen, daß ich darin keinen Vorwurf
gegen die Kommission erkennen kann. Erst hätte man die grundlegenden
Paragraphen im Plenum beraten sollen und dann erst das Gesetz zur
Beratung der Detailbestimmungen in die Kommission verweisen sollen.
Damit hätte man dem Gesetze mehr genügt. Die Kommissionsbeschlüsse
bleiben ja doch niemals intact und bei der Zusammenfassung der Kom-
mission kann es sich leicht ereignen, daß die Arbeit der Kommission
öfters ganz verloren gehen könnte. Eine Vorberatung wird der Regie-
rung die Handhabe zur Ausarbeitung einer besseren Vorlage gewähren.
Jeder Fehler, der bei einem Gesetze von solcher Bedeutung gemacht
würde, kann das ganze Werk in Frage stellen. Deshalb muß Jeder,
dem daran gelegen ist, das Gesetz zu Stande zu bringen, für den
Antrag Ricker oder den meinen stimmen. Redner setzt alsdann aus-
einander, daß die von ihm ausgeführten Paragraphen ebenfalls zu den
grundlegenden gehören.
Abg. Dr. Windthorst: Der Antrag Ricker ist sehr unge-
wöhnlich, er will einer Kommission Instruktionen ertheilen, was in
unserem parlamentarischen Leben eben ungewöhnlich ist. Bei meiner
schlichten Natur (Heiterkeit) hatte ich den Eindruck, als ob Abg. Ricker
diesen Antrag benutzen wollte, um seine Empfindungen über die kaiser-
liche Votschaft zum Ausdruck zu bringen. Für das Centrum ist dazu keine
Veranlassung vorhanden, wir nehmen Alles, was von der Krone kommt,
sehr ernst auf. Auch haben wir stets bewiesen, daß wir uns auf dem
Bege befinden, den die Votschaft zur Abstellung der sozialen Uebel
betreten heißt und freuen uns, daß unsere Anschauungen durch dieselbe
eine feierliche Bestätigung gefunden haben. Ueber den Etat werden

wir am Freitag Gelegenheit haben uns auszusprechen. — Das Unfallgesetz muß baldigst verabschiedet werden, doch bedarf es hierzu gemeinsamen Vorgehens. Dieser Antrag verhindert dies gerade, und ich werde deshalb gegen ihn stimmen. Die heutige Diskussion hat neue Gesichtspunkte nicht zu Tage gefördert und es wäre das Beste, der Kommission zu überlassen, in welcher Weise sie die Beratung fortsetzen will. Wenn man jedoch derselben nicht die richtige Empfindung für das, was nötig ist, zutraut, dann würde ich beantragen, den Antrag Ridert der Kommission zur Berücksichtigung zu überweisen. (Weiterkeit.) Wenn man logisch verfahren wollte, dann müßte man nach Annahme des Ridert'schen Antrages überhaupt Kommissionsberatung aufheben. Ich glaube, daß die Kommission, wenn sie es für nötig erachten sollte, mit besonderen Anträgen an uns kommen wird.

Abg. Richter: Der vorliegende Antrag ist allerdings ungewöhnlich, aber auch die Situation ist es und ein Jahr ist bereits verfloßen, ohne daß die Kommission über die Anfänge der Beratung hinweggekommen ist. Herr Windthorst findet alles ungewöhnlich, weil er nicht weiß, woran er ist. Das ist seine Taktik; weil er dilatorisch behandelt wird, behandelt er auch alle Gesetze dilatorisch und wird dem Kaiser so lange nicht sagen, was er will, bis die Verhandlungen mit Rom zu Ende sind. Als Herr Windthorst noch eine slichtliche Natur war, da machte er auf mich in seiner Opposition gewaltigen Eindruck, jetzt hat sich das geändert, er ist nicht mehr slichtlich, seitdem er sich in diplomatischen Verhandlungen eingelassen hat und da wir gerade dabei sind, uns die Wahrheit zu sagen, so will ich nicht verschweigen, daß ich glaube, daß er ein wenig an der Nase herumgeführt wird (Weiterkeit) und daß er jetzt alle Veranlassung hat, nicht mit Steinen zu werfen. Unser Ton gegen die Bottschaft ist durchaus nicht mobilisiert, ich stehe auf dem alten Standpunkt und wenn man mir gefolgt wäre, so würde man eine große zusammenhängende Debatte über die Bottschaft gehabt haben, anstatt bald hier, bald dort ein wenig davon. Im Lande hat man die Bottschaft als einen Rathschlag zur formellen Behandlung der Geschäfte aufgenommen, nicht anders, und als die offiziöse Presse die Bottschaft gegen die Liberalen zu lehren drohte, da hat sie damit ein großes Fiasko gemacht. Die Konservativen und das Zentrum haben keine Veranlassung, auf ihre Arbeiten mit Stolz zu blicken und sie können dem Bundesrath danken, daß er den Unfallgesetzentwurf von 1881 abgelehnt hat. Ihre heutigen solchen Reden vermögen deshalb keinen Eindruck auf uns zu machen. Unsere Meinung ist, daß die Regierung, ganz wie es der amerikanische Gesandte in dem von der „Nordd. Allg. Ztg.“ mitgetheilten Artikel bezeichnet, Gesetze macht ohne Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Soll ein solches Gesetz zu praktischen Resultaten führen, dann muß es erst umgearbeitet werden. Die Vorlage ist nicht Brot, sondern Stein und hat eine absolut arbeiterfeindliche Tendenz. Die Umarbeitung wurde früher auch meist im Plenum vorgenommen, hier wurden die grundlegenden Fragen erörtert und die Kommission hatte sich nur mit den Detailfragen zu befassen. Es ist eine sehr bedenkliche Praxis, Gesetze sofort den Kommissionen zu überweisen. Fällt der Antrag Ridert, dann wird das Gesetz in der Kommission mit 11 gegen 9 Stimmen angenommen werden und hier im Hause im umgekehrten Verhältnis verworfen werden. Sollte ein Nachtragsetat notwendig werden, dann wäre nichts an Zeit gewonnen. Alles wird im Herbst von dem Beginn der parlamentarischen Session abhängen, wenn man sich entscheiden wird, ohne Rücksicht auf die Jagdliebhaber die Session im Oktober zu eröffnen; es hängt ferner ab von den Arbeiten des Abgeordnetenhauses und von den anderen Vorlagen, die an uns gelangen werden. Abg. v. Kardorff hat bewiesen, daß seine kirchenpolitische Haltung von der Wirtschaftspolitik des Zentrums abhängig ist. Es giebt keine Partei, die klarer als wir in der Kulturkampfrage gezeigt haben, was wir wollen und was wir nicht wollen. Aber noch kürzlich ist ein Mitglied der freiservativen Partei erklüdet worden, weil es dem Antrag Althaus zugestimmt hat. Würde Herr v. Kardorff noch im preussischen Abgeordnetenhaus, dann hätte er entweder die Andern hinausgetrieben, oder wäre von ihnen hinausgetrieben worden. Ich muß hier wiederholen, daß die kirchenpolitische Frage „flottantes Material“ ist und alle anderen Fragen beeinflusst. Wir wünschen nichts fehnlicher, als daß das unwürdige Schachern ein Ende nehme. (Bravo! links.)

Finanzminister Scholz: Ich glaube in dieser Sache nicht das Wort ergreifen zu müssen, da es sich hier nur um häusliche Angelegenheiten handelt. Wer aber dem Sinne der Allerhöchsten Bottschaft gemäß zu handeln glaubt, wenn er jetzt 14 Tage länger hier bleibt der hat sie nicht verstanden. (Sehr richtig! rechts.) Mit 14 Tagen ist keine Statberathung abgemacht. Im Jahre 1873 führte der Abg. Richter (Sagen) Klage darüber, daß der Etat, der neun Monate vor dem Beginn des Etatsjahres vorgelegt war, noch zu spät vorgelegt worden wäre. (Hört! hört!) Es wäre sehr erwünscht, wenn diese Frage nicht vom politischen Parteistandpunkte, sondern von sachlichen Erwägungen uns beantwortet würde.

Abg. Frhr. v. Kalchauer-Gülz: Es ist jedenfalls nicht zweckmäßig, den Antrag Ridert anzunehmen; eine Beschleunigung der Sache wird dadurch nicht erreicht, und die Kommission ist bisher durchaus forreht und auch so vorgegangen, wie der Antrag Ridert identisch. Der Antrag Windthorst wird darauf mit 113 gegen 92 Stimmen angenommen.

Das Haus vertagt sich sodann bis Mittwoch 12 Uhr. Tagesordnung: Gewerbeordnungsnovelle, Antrag Thilenius wegen der Rheinrektion. Schluß 5½ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung.

Berlin, 1. Mai. Am Minifertisch: v. Puttkamer. Präsident v. Köhler eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Zuständigkeitsgesetzes.

Ueber die §§ 1 bis 4 entspinnt sich keine Debatte. Abg. Barth beantragt folgenden § 4a einzufügen: Gegen die Berufung des Präsidenten steht dem Kreise innerhalb 2 Wochen die Klage bei dem Obergerichtsgericht zu.

Der Antrag wird ohne Debatte angenommen. Die Berathung über §§ 7, 9 und 25 wird vereinigt. § 7 bestimmt, daß die Staatsaufsicht über die Verwaltung der Amtsverbände in erster Instanz von dem Landrath, des Vorsitzenden des Kreisaußschusses, in höherer und letzter Instanz von dem Regierungspräsidenten gelebt wird.

Abg. Dirichlet beantragt § 7 zu streichen. § 9 bestimmt, daß die Aufsicht über die städtischen Gemeindeangelegenheiten in erster Instanz von dem Präsidenten, in letzter Instanz von dem Oberpräsidenten gelebt wird, unbeschadet der Mitwirkung des Bezirksauschusses und des Provinzialraths und daß Beschwerden bei den Aufsichtsbehörden in allen Instanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen sind.

Abg. Dirichlet beantragt, die Aufsicht über die Gemeindeangelegenheiten dem Bezirksauschuss bezw. dem Provinzialrathe zu übertragen.

Abg. v. Bismarck (Platom) beantragt die letzten Bestimmungen zu streichen. § 25 bestimmt, daß die Aufsicht über die Verwaltung der Landgemeinden, der Lämter in der Provinz Westfalen und der Bürgermeistereien in der Rheinprovinz, in erster Instanz von dem Landrath, in letzter Instanz von dem Regierungspräsidenten gelebt wird.

Abg. Dirichlet beantragt, daß die Aufsicht über die genannten Behörden in erster Instanz dem Kreisaußschuß, in höherer und letzter Instanz dem Bezirksauschuss übertragen wird.

Abg. Dirichlet: Früher ist ein halbes Jahrhundert lang die Aufsicht von Kollegien ausgeübt worden und erst später wurde sie den Regierungspräsidenten übertragen. Es ist unzweifelhaft, daß die Kollegien diese Aufsicht fast ausschließlich haben und diese nicht damals schon von den Präsidenten gehandhabt worden ist. Noch im Jahre 1878 hat Herr v. Rauchhaupt seinen Standpunkt dahin kundgegeben, es in Betreff der Aufsicht über die Landgemeinden bei dem alten Zustand zu belassen. Man hat es den Liberalen oft zum Vorwurf gemacht, daß sie dem Zuständigkeitsgesetz von 1880—81 nicht ihre Zustimmung erteilt haben, das im Grunde doch noch günstiger lautete, als das vorliegende. Aber davon bin ich überzeugt, daß das nicht gehindert hätte, daß wir heute vor einer Revision stehen. Wir haben ja zu dem Organisationsgesetz unsere Zustimmung gegeben, es ist zu Stande gekommen und trotzdem haben wir heute in Folge des Personenwechsels im Ministerium des Innern ein neues Gesetz gemacht. — Unsere Anträge bezwecken die Aufsicht den Kollegien zu überlassen und wir hoffen, daß die Parteien ihren Standpunkt seit dem Jahre 1881 nicht ganz ausgegeben haben.

Abg. v. Hülsen freut sich, daß Herr v. Rauchhaupt seinen Standpunkt seit fünf Jahren geändert; er hat eben das Recht, das Herr Dr. Gneist kürzlich für sich in Anspruch genommen hat, zu lernen, auch für sich in Anspruch genommen. Den Standpunkt vom Jahre 1878 können wir deshalb nicht annehmen, weil von dem ersten Vertreter der Krone erklärt worden ist, daß ein solches Gesetz für die Krone unannehmbar ist. Die ganze Verwaltungsgesetzgebung beruht auf einem großartigen Vertrauen der Krone zur Bevölkerung und der Minister hatte ein Recht zu sagen, daß diejenigen, die an diesem Gesetze mitarbeiten, sich ein monumentum aere perennius errichten werden. Eine wohlwollende laufende Aufsicht ist eine dringende Nothwendigkeit; von einem Laienkollegium wird sie niemals zweckmäßig gehandhabt werden können, und es ist entschieden unzulässig, die frühere Aufsicht der Regierungskollegien für die Uebertragung an den Bezirks- oder Kreisaußschuß ins Treffen zu führen. Ich habe keinerlei Mißtrauen zu den Laien, ich gehöre ja selbst zu ihnen und habe zu mir ein großes Vertrauen (Weiterkeit), aber ich fürchte, die Uebertragung der Laien in der Verwaltung. Ein Kollegium, das alle vier Wochen zusammentritt, kann eine laufende Aufsicht nicht führen und man darf dem Laienelement eine Verantwortung, die es nicht tragen kann, nicht aufbürden. (Beifall rechts.)

Abg. Janssen (Zentrum) ist gegen den Antrag Dirichlet, obwohl das Zentrum keine Veranlassung hat, die Macht des Präsidenten zu erhöhen, so wird es doch den Kommissionsbeschlüssen zustimmen, weil es sich seiner Verantwortung wohl bewußt ist und nicht aus dem Gefühl der Verbitterung, daß dasselbe augenblicklich beherrscht, Zustände schaffen will, die es für heilsam nicht anerkennen kann.

Abg. v. Bismarck (Platom) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den Kommissionsbeschlüssen und empfiehlt seinen Antrag auf Streichung des Abf. 3 des § 9, der mehr Nachteile als Vortheile schaffen würde und einer gründlichen Untersuchung von Beschwerden entgegensteht.

Abg. Dr. Brühl bemerkt, daß die Frage für das Zentrum keine Parteifrage ist, daß seine Mitglieder im Jahre 1881 und in der Kommission von einander dissentirten und daß er selbst im Gegensatz zum Abg. Janssen steht. Er und der Abg. Windthorst haben schon im Jahre 1881 den Standpunkt Dirichlet vertreten und halten auch heute daran fest. Man kann diese Frage allein nicht aus dem Rahmen des Gesetzes herausnehmen und muß sie im Zusammenhang mit dem ganzen Gesetz behandeln. Man ist zwar verpflichtet, das Wohl der ganzen Monarchie im Auge zu behalten, doch pflegt jeder doch zuerst die neu-schaffenden Verhältnisse mit Bezug auf ihre Wirksamkeit für die Heimathsprövinz zu prüfen und der Standpunkt der Mitglieder wird sich danach richten, ob sie Provinzen angehören, welche die Kreisordnung haben, oder solchen, die sie nicht haben. Ich halte es nicht für einen Widerspruch, wenn heute jemand anders stimmt, als vor zwei Jahren.

Minister von Puttkamer: In der Diskussion hat mich mit Bedauern erfüllt, daß Abg. Brühl erklärt hat, daß er diesem Paragraphen nicht zustimmen kann, zumal ihm die Palme gebührt, die Kommissionsbeschlüsse zusammengebracht zu haben. Doch ich hoffe, daß wenn diese Spezialabstimmung zu Gunsten der Regierung ausfällt, er sich nicht von der Majorität trennen wird. Die Frage selbst ist schon vor mehreren Jahren so ausführlich erörtert worden, daß Neues kaum hinzuzufügen ist. Die staatsmännische Rede des Abg. v. Hülsen enthält alles, was ich hätte sagen können; (Weiterkeit) im stenographischen Bericht werden Sie eine Fundgrube staatsmännischer Gedanken finden. (Weiterkeit) Wenn bei einer Kategorie von Kommunen die Aufsicht weniger nötig ist, als bei den anderen, so ist es bei den Stadtgemeinden; doch keineswegs kann man von der Einzelaufsicht über die Landgemeinden abstrahiren. Die Regierung steht der Weiterbildung der Selbstverwaltung mit Hinzuziehung von Laien sympathisch gegenüber, aber sie kann denselben nicht Geschäfte überweisen, die das Laienkollegium dem Charakter seiner Organisation entsprechend gar nicht ausführen kann. Ein Kollegium, das nur alle vier Wochen zusammentritt, ist zur Ausübung von Aufsichtsfunktionen nicht geeignet.

Abg. Gahn plaidirt für die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Dr. Meyer (Breslau): Den östlichen Provinzen will man etwas nehmen, was wir uns schwer errungen haben, ohne daß uns eine genügende Kompensation geboten wird. Das Kompetenzgesetz enthält mancherlei Gutes, was jedoch für uns nur dann annehmbar gewesen wäre, wenn das Organisationsgesetz nach unseren Wünschen ausgefallen wäre. Wir wollen für uns also nichts Neues, sondern lediglich Erhaltung des bestehenden Zustandes. In keinem Kollegium ist es Sitte, jede Frage kollegialisch zu berathen, schon heute allerdings pflegt der Dezerent viele Fragen auf eigene Faust zu erledigen und wir wollen auch nicht, daß der Landrath dem Ausschuss über jeden Fall Vortrag halten muß, es werden Fälle vorkommen, die schablonenmäßig erledigt werden können. Es sind uns keine überzeugenden Gründe gegen den jetzigen Zustand angeführt worden, und so lange dies nicht geschieht, bleiben wir auf dem alten Standpunkt. Herr v. Hülsen hat sich über den Meinungswechsel des Herrn v. Rauchhaupt sehr getreut, ich würde mich auch freuen, wenn Herr v. Rauchhaupt in vielen Fragen seine Ansicht ändern wollte, und ich würde mich dafür sehr dankbar beweisen (Weiterkeit). Man hat auf Herrn Gneist exemplifizirt, der auch seine Ansicht geändert hat und man belam den Eindruck, daß es etwas sehr Schönes sei, seine Meinung zu ändern. (Weiterkeit) Doch werden mir die Herren zugestehen, daß es mit dem Meinungswechsel der beiden Herren nicht dasselbe ist. Unser Referent ist ein Sonntagskind, wie das Almanach sagt (Weiterkeit), und deshalb hat er allein auch gehört von Zuständigkeiten der Regierung an die Kommission, während thatsächlich nicht das geringste Zuständnis gemacht worden ist. Demgegenüber halte ich es für gerathen, daß auch wir keine Konzessionen machen und auf unserm Standpunkt verharren. (Bravo! links.)

Abg. Bache setzt auseinander, daß die Stellung des Landrathes am Rheine nicht dasselbe ist, wie im Osten; dort steht die Bevölkerung dem Landrath feindlich gegenüber, was am meisten daran liegt, daß es eingeborene Landräthe nicht mehr am Rhein giebt. Diejenigen, die von dem unbedingtesten Vertrauen der Bevölkerung getragen waren, sind zur Disposition gestellt worden und trotzdem stimmen dieselben, so weit sie im Hause sitzen, fast stets mit der Regierung. Redner erklärt sich daher gegen die Kommissionsbeschlüsse. Ich will deshalb möglichst wenig Rechte für die Landräthe, weil ich nicht will, daß dieselben der Bevölkerung gegenüber mißbraucht werden. (Bravo! im Zentrum.)

Minister v. Puttkamer: Herr Bache hat erklärt, daß er mit der Vorlage einverstanden sei, daß er aber gegen dieselbe stimmen werde, weil er bei der jetzigen administrativen Lage nicht im Stande sei, den Beamten Vertrauen entgegen zu bringen. Dieser Art von Beurtheilung gegenüber kann ich nicht schweigen, zumal dieselbe nicht zutreffend ist.

Es ist unwahr, daß ein großer Theil der Beamten der Art ist, daß ein Vertrauen zwischen Beamten und der Bevölkerung unmöglich ist. Meine Erfahrungen sprechen für das Gegentheil, es sind in den meisten Bürgermeistereiposten Männer aus der Rheinprovinz und nicht Berufsbeamte, sondern Notable aus dem Ort. Bei den Landräthen ist es hin und wieder vorgekommen, daß ein von den Ständen repräsentirter Landrath nicht die Befähigung des Königs erhalten hat, das geschä aber nur aus formellen Gründen, weil die formellen Voraussetzungen für diesen Amt nicht vorhanden waren. Ich protestire dagegen, daß die Schilderung des Abg. Bache zutrifft und erkläre, daß die Regierung bestrebt ist, wie überall, so auch am Rhein Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Behörden zu erhalten.

Abg. Dirichlet bemerkt, daß in seiner Gegend Landräthe schon zur Konfliktzeit gemäßigter worden sind und, daß zur Dispositionstellung der jetzt in Prüben amtierenden Landräthe eine Veranlassung schmerzlich vorliegt. (Weiterkeit) Man hat von der Ueberföschung der Laien gesprochen. Demgegenüber verweise ich auf die Vorbildung vieler Landräthe, wir haben ja sogar von einem Oberlandesgericht ein Erkenntnis, daß man von einem Landrath nicht die nöthige Gesetzeskenntnis verlangen könne. (Sehr gut! links.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Abg. v. Rauchhaupt (persönlich) erklärt, daß er materiell auf seinem alten Standpunkt stehe, daß er aber auf Grund seiner Erfahrungen in der Selbstverwaltung dahin gekommen sei, die praktischen Rücksichten in den Vordergrund zu stellen.

§ 7 wird darauf angenommen; das Zentrum stimmt gespalten; auch § 9 und 25 werden nach Ablehnung der Anträge Dirichlet und Bismarck (Platom) angenommen.

§§ 8—14 passiren ohne Debatte.

Der Präsident will trotz der vorgerückten Stunde (gegen 12 Uhr) an der Berathung fortfahren. Auf einen Widerspruch aus der Mitte des Hauses und den Ruf „Vertagung“ bemerkt der Präsident, daß es ihm nach der Geschäftslage notwendig erscheine, noch heute die zweite Berathung dieses Gesetzes zu Ende zu führen.

Abg. Dr. Windthorst bittet, die Sitzung zu vertagen, da im Reichstage unmittelbar bei Beginn der Sitzung sehr ernste Debatten bevorstehen.

Der Präsident erwidert, daß sein Vorschlag, jetzt nicht zu vertagen, darin seinen Grund hat, daß morgen wegen des sogenannten Schwerinstages in der Sache nicht fortgefahren werden kann. Er würde, falls in der Freitagssitzung der Gegenstand nicht zum Abschluß gelangen sollte, zur Weiterberathung eine Abend-sitzung in Vorschlag bringen.

Abg. v. Bennigsen ist der Meinung, daß die getroffenen Abmachungen nicht Abend-sitzungen zur Voraussetzung hätten. Es sei unmöglich, hier um 9 Uhr früh, im Reichstage um 12 Uhr zu beginnen, und dann noch Abend-sitzungen abzuhalten. Er seinerseits proponirt, den Schwerinstag morgen auszusuchen und in der Berathung des Verwaltungsgesetzes fortzuführen.

Präsident: Ich werde diesen Vorschlag als vom Hause angenommen betrachten, wenn demselben nicht von mehr als 30 Mitgliedern widersprochen wird.

Abg. Freiherr von Schorlemer-Alf: Ich bitte zunächst die Frage zur Entscheidung zu bringen, ob das Haus sich jetzt vertagen will.

Der Präsident konstatiert, daß kein Widerspruch gegen die Vertagung erhoben worden, da gegen sich mehr als dreißig Mitglieder gegen die Proposition des Abg. v. Bennigsen erhoben. Er schlägt deshalb vor, die nächste Sitzung morgen 9 Uhr abzuhalten und auf die Tagesordnung Petitionsberichte und Anträge zu setzen.

Abg. v. Bennigsen: Nach meiner Auffassung genügt der Widerspruch von dreißig Mitgliedern keineswegs, um einen Vorschlag als abgelehnt zu betrachten, es ist dazu die Majorität des Hauses erforderlich.

Dieser Auffassung wird von dem Präsidenten und dem Abg. Windthorst widersprochen.

Abg. Dr. Köhler (Göttingen): Dann protestire ich dagegen, daß schon morgen der Bericht über die Simultan-schulen in Krefeld auf die Tagesordnung gesetzt wird, da derselbe sich noch nicht drei Tage in den Händen der Mitglieder des Hauses befindet.

Abg. Dr. Windthorst hält diesen Widerspruch für geschäftsmäßig begründet. Wenn Herr Köhler denselben aufrecht erhalten sollte, werde ich das, was ich in Bezug auf die Simultan-schulen zu sagen habe, morgen bei einer anderen Petition zur Sprache bringen.

Abg. Klotz tritt für Vertagung des Schwerinstages durch Majoritätsbeschluß ein.

Der Präsident widerspricht nochmals dieser Auffassung, als im Widerspruch mit der Geschäftsordnung stehend.

Auf den Vorschlag des Abg. Dr. Windthorst einigt sich das Haus schließlich dahin, den Schwerinstag nicht morgen, sondern am Freitag abzuhalten.

Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über das Zuständigkeitsgesetz. Schluß 12½ Uhr.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 1. Mai. Das Zentrum fühlt sich „zwischen Thür und Angel“. Es kennt den hohen Grad von Wahrscheinlichkeit, welcher für einen resultatlosen Verlauf auf der gegenwärtigen Phase der kirchenpolitischen Verhandlung mit der Kurie vorhanden ist, natürlich besser, als jemand anders; aber es fühlt zugleich, daß die Chance einer Verständigung, wenn gegenwärtig in den Wind geschlagen, schwerlich so bald wiederkehren wird, daß die „zwölfte Stunde“ für ein Abkommen zwischen dem Staate und der Kurie da ist, und es operirt deshalb mit äußerster Zurückhaltung. Im Abgeordnetenhaus hatte es nicht an Personen gefehlt, welche nach der offiziellen Erörterung über die Stellung der Regierung zur „Souveränität des Papstes“ und noch mehr nach der gestern Abend erschienenen Mißbilligung des konservativ-kerikalischen Beschlusses zum Antrag Windthorst erwartet hatten, das Zentrum werde sich bei der weiteren Berathung der Verwaltungs-Gesetze aus Rücksicht auf Herrn v. Puttkamer keinen Zwang mehr auflegen und namentlich bei dem Zuständigkeitsgesetz, dessen zweite Lesung heute begonnen hat, den früheren, mit der Stellung der Liberalen übereinstimmenden Standpunkt einhalten. Bei dem ersten Anlaß, welcher dazu schon heute hervortrat, hat die Mehrheit des Zentrums dies aber nicht gethan. Es war die Frage, auf welche sich das berühmte, vor zwei Jahren von dem Geh. Rath Kommel im Herrenhause verlesene Schriftstück bezog: ob die Aufsicht über die Selbstverwaltungs-Beamten von Kollegien der Selbstverwaltung oder von staatlichen Einzelbeamten geführt werden soll. Wenn das Zentrum heute seinem Mitglieder dasselbe, mit Herrn Windthorst an der Spitze, bei der früheren Auffassung verblieb, die Majorität der Partei aber auch hier Herrn v. Puttkamer zum Siege verhalf, so war das ohne Zweifel wohlberechnet: der Chef des Zen-

trums wahrte seinerseits das Prinzip, und das Gros der Partei verhielt in einem für sie so kritischen Augenblicke ein Votum, das bei der Stellung, welche Fürst Bismarck selbst gerade zu dieser Frage in so eklatanter Weise gelegentlich des Sturzes des Grafen Eulenburg II. angenommen, den Kanzler herausgefordert hätte. Wir unsererseits hatten eben deshalb, als wir vor einigen Tagen die Punkte bezeichneten, an denen den Puttkamer'schen Verwaltungsgefehen noch Schwierigkeiten erwachsen könnten, den heute erledigten nicht mit dazu gezählt. Dagegen rechneten wir dahin die Frage, ob nur die zwei ersten oder alle Mitglieder der städtischen Magistrat künftig der Bestätigung bedürfen sollten; diese Frage wird für das Zentrum in der That noch erheblich unbequemer sein, als die heute verhandelte, weil bei ihr die — vom Zentrum während des kirchenpolitischen Kampfes sehr empfundene — praktische Bedeutung überwiegt, während es bei der heutigen Diskussion sich mehr um ein Prinzip handelte, da fest stand, daß, einerlei, welche Regel aufgestellt wurde, eine Anzahl Ausnahmen von derselben beschlossen worden wären. Man wird nun sehen, wie das Zentrum sich mit jenem, ihm sicherlich erheblich mehr Pein verursachenden Pentagramma abfinden wird; es wird bei dieser Gelegenheit jedenfalls für Herrn Windthorst schwieriger sein, so viel Mannschaften „abzukommandiren“, daß die Regierung und die Konserwativen bei guter Laune erhalten werden.

— Se. Maj. der Kaiser ist heute früh von Wiesbaden wieder hier eingetroffen.

Wien, 1. Mai. (Oberhaus.) Fortsetzung der Beratung der Mittelschulvorlage. Unter Bezugnahme auf die gefrigen Ausführungen des Ministerpräsidenten Visja bemerkte der Neujohler Bischof (Polvi), die geistlichen Güter seien keine tgl. Donationen, sondern Fundationen der hohen Geistlichkeit: er glaube, große Besitzungen könnten schon vom Gesichtspunkte der Gleichberechtigung aus nicht ein Maß für kleinere Rechte bilden. Redner unterstützt die Ansicht des Kardinal's Haynald betreffs eines besonderen aus Katholiken zu bildenden Ausschusses, welcher hinsichtlich der Aufsicht über die katholischen Schulen maßgebend sein sollte. Polvi spricht sich anerkennend darüber aus, daß der Ministerpräsident den Anspruch Disraelis nur citirt, denselben seinerseits aber nicht acceptirt habe. Derauf nimmt der Kultusminister Trefort das Wort.

Paris, 1. Mai. (Telegramm.) Im Senate beantwortete der Minister des Auswärtigen, Challemel Lacour die Interpellation des Herzogs von Broglie über die deutsch-österreichisch-italienische Tripelallianz.

Er verstehe nicht, wie man Fragen über ein Faktum aufwerfen könne, das noch vollständig mit Dunkel umgeben. Er, der Redner, könnte wie dies Challemel gethan habe, sich auf die in Rom und Pest abgegebenen Erklärungen beziehen, aber die in Rom und Pest gemachten Ausführungen seien nicht identisch; dann seien auch die Kommentare über dieselben sehr verschieden. Challemel Lacour bestreitet nicht, daß eine Annäherung der drei Mächte stattgefunden habe, findet aber in dieser Thatsache nichts Neues, auch werde durch dieselbe kein neues Element in die europäische Politik hineingetragen. Der Minister glaubt an die Aufrichtigkeit der Worte Mancini's und Visja's, welche erklärten, daß kein aggressiver Gedanke gegen Frankreich dem Bündnis zu Grunde liege. Kein Staatsmann könne daran denken, daß Frankreich aus dem europäischen Konzert ausgeschlossen werden könne; Niemand könne ferner glauben, daß, wenn ein Angriff gegen Frankreich von irgend einer Seite beabsichtigt wäre, ein solcher leicht sein würde, deshalb theile die Regierung die Befürchtungen Broglie's nicht. (Beifall.)

Challemel spricht sein Bedauern darüber aus, daß er nichts weiter über die Tripelallianz wisse, glaubt aber, daß Nichts die Beziehungen Frankreichs zu den Mächten oder die bisherige Haltung Frankreichs ändern werde.

„Wir werden uns der Nothwendigkeit fügen, wir werden kein Bündnis suchen, sondern nur danach trachten, offen in guten Beziehungen zu allen Mächten zu leben. Wir wünschen mit Allen in gutem Einvernehmen zu bleiben, so weit dies mit unserer Würde verträglich ist. Wir werden fortwährend die Rechte Anderer achten, ohne die unseren aufzugeben. Frankreich muß vorsichtig sein, denn ein besiegtes Land, welches sich erholt und dessen Lage es dazu zwingt, eine beträchtliche Streitmacht zur Defensiv zu unterhalten, kann sich nicht darüber wundern, der Eifersucht ausgefetzt zu sein. Öffentlich werden sich Dank unserer Klugheit und Loyalität die Dispositionen des Auslandes ändern. Inzwischen müssen wir aufmerksam sein, und wir ad es auch.“

Der Minister konstatierte, daß das Land keineswegs beunruhigt und die gegenwärtige Interpellation daher unnötig sei. Er glaube, das gute Recht und die gesunde Vernunft zählten auch als etwas und dienten auch als Vertheidigung. — Der Interpellant, Herzog v. Broglie, erklärte hierauf, die Antwort Challemel's habe ihn nicht befriedigt und er könne kein Vertrauen zu einer Regierung haben, welche seit dem Jahre 1878 eine schlechte Politik und schlechte Finanzwirtschaft getrieben. Die Interpellation war damit erledigt.

Telegraphische Nachrichten.

Bremen, 1. Mai. Nach einer aus Penzance hier eingetroffenen Meldung sind weitere Nachrichten über den Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Sabsburg“ bisher nicht eingegangen. Die bei den Scilly-Inseln Weisungen erwartenden Schleppe-dampfer „Anglia“ und „Cambria“ sprachen den von Newyork kommenden Dampfer „Assyrian Monarch“ an; derselbe hatte jedoch nichts von der „Sabsburg“ wahrgenommen.

Wien, 1. Mai. Prinz Wilhelm von Preußen kehrt mit dem Kaiser am Mittwoch von dem unternommenen Jagdausflug zurück und reist am Donnerstag mit dem Kronprinzen Rudolf nach Prag, wo am Freitag große Parade stattfindet. Am Sonnabend wird Prinz Wilhelm nach Berlin zurückkehren.

Rom, 30. April. Der „Difensore Romano“ veröffentlicht die anlässlich des jüngsten Uebereinkommens zwischen dem Vatikan und Rußland seitens des Papstes verliehenen Auszeichnungen. Der Minister des Auswärtigen v. Giers und Graf Dimitry erhielten das Großkreuz des Piusordens.

Zürich, 1. Mai. Heute hat hier die Eröffnung der schweizerischen Landesaustellung unter großer Theilnahme des Publikums und bei günstigem Wetter stattgefunden. Besonders feilich waren der Bahnhof und das Ausstellungsgebäude geschmückt. Nachdem eine Festschänke in der Tonhalle vorausgegangen war, hielt Droz, Mitglied des Bundesrathes, die Eröffnungsrede, welche sehr beifällig aufgenommen wurde. Hier-

auf folgte die Eröffnung des Kunstpavillons. Gautier, Voedlin und alle hervorragenden Künstler der Schweiz wohnten der Eröffnungsfeier bei, ebenso mehrere Bundesräthe, sowie die Präsidenten des Nationalrathes und Ständerathes. Vom diplomatischen Korps waren der deutsche Gesandte von Bülow und der französische Botschafter Arago anwesend.

London, 1. Mai. Im Unterhause wurde die Beratung der Bill über den Parlamentsseid bis nach Mitternacht fortgesetzt und dann auf heute Nachmittag vertagt.

Amsterdam, 1. Mai. Heute Nachmittag hat der König in Person die internationale Kolonial-Ausstellung eröffnet.

Cetinje, 1. Mai. Der Fürst empfing heute den neu ernannten diplomatischen Vertreter Italiens Maccio und sprach demselben bei Entgegennahme der Kreditivseinen Dan' aus für das Interesse, welches der König von Italien und die italienische Regierung Montenegro entgegenbringe.

Washington, 1. Mai. Die Minderung der Staatschuld der Vereinigten Staaten während des Monat April d. J. wird auf 3 1/2 Millionen Dollars veranschlagt. — Der vom König von Hawaii zur Theilnahme an der Kaiserkrönung in Moskau abgeordnete Vertreter wird nächsten Mittwoch von hier aus die Ueberfahrt nach Europa antreten.

Verantwortlicher Redakteur: E. Fontane in Posen. Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai.

Table with columns: Datum Stunde, Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe, Wind, Wetter, Temp. i. Cels. Grad.

Wasserstand der Warthe. Posen, am 1. Mai Morgens 1,53 Meter.

1. Mittags 1,53 2. Morgens 1,56

Telegraphische Börsenberichte.

Frankfurt a. M., 1. Mai. (Schluß-Course.) Bismarck'sche, still. Lond. Wechsel 20,47. Paris 81,20. Wiener do. 170,75. R.-M. S.-M. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 101 1/2. R.-M.-B.-Anth. 127 1/2. Reichsbank 102 1/2. Reichsbank 149 1/2. Darmst. 153 1/2. Meining. 171. Ost.-ung. 710,00. Kreditaktien 263 1/2. Silberrente 67 1/2. Baarentente 67 1/2. Goldrente 84. Ung. Goldrente 76 1/2. 1860er Loose 121. 1864er Loose 320,40. Ung. Staatsb. 224,00. do. Ost.-öbl. II. 96 1/2. Böhm. Westbahn 263 1/2. Elisabethb. —. Nordwestbahn 173 1/2. Galizier 264. Franzosen 286 1/2. Lombarden 130 1/2. Italiener 91 1/2. 1877er Russen 90 1/2. 1880er Russen 73 1/2. II. Orientanl. 57 1/2. Centr. Pacific 112 1/2. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 58 1/2. Wiener Bankverein 93 1/2. 5% österreichische Baarentente 79 1/2. Buschthaber —. Egvpter 75 1/2. Gotthardbahn 128 1/2. Türken 12. Westfälische Eisenbahn 88 1/2. Nord-Süd der Börs: Kreditaktien 264 1/2, Franzosen 286 1/2, Galizier 264, Lombarden 130 1/2, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, Egvpter —, Gotthardbahn —.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Effekten-Sozietät. Kreditaktien 264 1/2, Franzosen 286 1/2, Lombarden 130 1/2, Galizier 264 1/2, österreich. Baarentente —, Egvpter 75 1/2, III. Orientanl. —, 1880er Russen —, Gotthardbahn 127 1/2, Deutsche Bank —, Nordwestbahn —, Elbthal —, 4proz. ung. Goldrente —, II. Orientanleihe —, Böhmische Nordbahn —, Still.

Wien, 1. Mai. (Schluß-Course.) Schwanfend. Baarentente 78,70 Silberrente 79,00. Oesterr. Goldrente 98,70. 6proz. ungarische Goldrente 120,30. 4proz. ung. Goldrente 89,40. 5proz. ung. Baarentente 87,80. 1864er Loose 119,25. 1860er Loose 132,50. 1864er Loose 169,25. Kreditloose —. Ungar. Prämien 114,25. Kreditaktien 309,00. Franzosen 334,75. Lombarden 147,25. Galizier 308,75. Kaiser-Oberb. 146,50. Parubitzer 149,50. Nordwestbahn 202,00. Elisabethbahn 215,00. Nordbahn 284,50. Oesterreich. ungar. Baal —. Tür. Loose —. Unionbank 117,25. Analo-Kult. 114,90. Wiener Bankverein 108,50. Ungar. Kredit 305,00. Deutsche Plätze 58,50. Londoner Wechsel 119,75. Paris 81,20. 47,55. Amsterdamer do. 99,35. Napoleons 9,50 1/2. Dukat 5,65. Silber 100,00. Marknoten 58,55. Russische Banknoten 1,18 1/2. Bemberg-Garnowitz —. Kronpr.-Rudolf 164,75. Franz.-Sofiel —. Dux-Bodenbach —. Böhm. Westbahn —. Elbthal 221,00. Tramway 216,50. Buschthaber —. Oesterr. 5proz. Papier 93,15.

Wien, 1. Mai. (Abendbörsen.) Ungarische Kreditaktien 305,50, österreichische Kreditaktien 309,40, Franzosen 335,00, Lombarden 147,30, Galizier 308,50, Nordwestbahn 202,75, Elbthal 221,80, österr. Baarentente 78,80, do. Goldrente 98,75, ungar. 6 pSt. Goldrente 120,25, do. 4 pSt. Goldrente 89,45, do. 5 pSt. Baarentente 87,85, Marknoten 58,55, Napoleons 9,50 1/2, Bankverein 103,80. Still.

Paris, 1. Mai. (Schluß-Course.) Fest. 3proz. amortisirt. Rente 81,40. 3proz. Rente 80,27 1/2. Anleihe de 1872 110,10 (rll., Ital. 6proz. Rente 91,90. Oesterreich. Goldrente 83 1/2, 6proz. ungar. Goldrente 102 1/2, 4proz. ungar. Goldrente 76 1/2, 5proz. Russen de 1877 93, Franzosen 712,50, Lombard. Eisenbahn-Aktien 320,00, Lombard. Prioritäten 299,00, Türken de 1865 11,75. Türkenloose 55,60. III. Orientanleihe —. Credit mobilier 390,00, Spanier neue 63 1/2, do. inter. —, Suezkanal-Aktien 2300,00, Banque ottomane 754,00, Union gen. —, Credit foncier 1335,00, Egvpter 378,00, Banque de Paris 1045, Banque d'escompte 535,00, Banque hypothecaire —, Lond. Wechsel 25,20, 5proz. Rumänische Anleihe —, Foncier egyptien 590,00. Renten pr. Ende Mai.

Paris, 30. April. (Boulevard-Berkehr.) 3proz. Rente 79,60. Anleihe von 1872 110,80, Italiener 91,52 1/2, österr. Goldrente —, Türken 11,60, Türkenloose —, Spanier 63 1/2, do. neue Spanier —, ungar. Goldrente —, Egvpter 378,00, 3proz. Rente —, Banque ottomane 748,00, Suezkanal-Aktien —, Lombarden —, Franzosen —, Schwach.

Florenz, 1. Mai. 5 pSt. Italien. Rente 91,54. Gold 20,00. London, 1. Mai. Des Bankfeiertages wegen findet heute keine Börse statt. Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,66. Wien 12,14. Paris 25,42. Petersburg 23 1/2. Silber —. Pladsdiskont 3 pSt. Petersburg, 1. Mai. Wechsel auf London 23 1/2, II. Orient-Anleihe 92. III. Orientanleihe 92. Newyork, 30. April. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 94 1/2, Wechsel auf London 48 1/2, Cable Transfers 4,85 1/2, Wechsel auf Paris 5,19 1/2, 3proz. ungar. fundirt. Anleihe 103, 4proz. ungar. fundirt. Anleihe von 1877 119 1/2, Erie-Bahn 37 1/2, Central-Pacific-Bonds 114,

Newyork Zentralbahn-Aktien 125 1/2, Chicago und North Western Eisenbahn 15 1/2.

Geld leicht, für Regierungsbonds 3 für andere Sicherheiten 4 Proz.

Produkten-Markte.

Wien, 1. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 20,50, fremder loco 21,00, per Mai 20,15, per Juli 20,30, per November 20,55. Roggen loco 14,50, per Mai 14,50, per Juli 14,95, per Novbr. 15,55. Hafer loco 14,50. Rüböl loco 36,50, pr. Mai 35,30, per Oktober 31,90.

Hamburg, 1. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine rubig, per Mai 190,00 Br., 189,00 Gd., per Juli-August 192,00 Gd., 191,00 Gd. — Roggen loco unv., auf Termine rubig, per Mai 139,00 Br., 138,00 Gd., per Juli-August 142,00 Br., 141,00 Gd. — Hafer und Gerste unverändert. Rüböl fest, loco 72,00, Oktober 72,00. — Spiritus still, per Mai 40 1/2 Br., per Juni-Juli 41 Br., Juli-August 41 1/2 Br., per August-Sept. 42 Br. — Raffee rubig, Umsatz gering. Petroleum matt, Standard white loco 7,50 Br., 7,40 Gd., per Mai 7,50 Gd., per August-Dezember 7,95 Gd. Wetter: Schön.

Königsberg, 1. Mai. Getreidemarkt. Weizen unverändert, Roggen fest, loco 121/122 Pfd. 2000 Pfund Zollgewicht 128,50, per Frühjahr 126,00, Mai-Juni 127,50 Mark. Gerste still, Hafer unverändert, loco inländ. 124,00, pr. Mai-Juni 120,00. Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 151,50. Spiritus pr. 100 Liter 100 pSt. loco 54,00, pr. Frühjahr 54,00, pr. Aug. 56,25. — Regen.

Bremen, 1. Mai. Petroleum (Schlußbericht.) Rubig. Standard white loco 7,45 bez. u. Br., per Juni 7,55 Br., per Juli 7,70 Br., per August 7,80 Br., per August-Dezember 8,00 bez. u. Br.

Wien, 1. Mai. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 10,18 Gd. 10,23 Br., per Herbst 10,33 Gd., 10,38 Br. Roggen per Frühjahr 7,87 Gd., 7,92 Br., per Herbst 8,10 Gd., 8,15 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,10 Gd., 7,15 Br. Weizen (internationaler) pr. Mai-Juni 6,92 Gd., 6,97 Br.

Wien, 1. Mai. (Produktenmarkt.) Weizen loco fest, per Herbst 9,96 Gd., 9,98 Br. — Hafer per Herbst 6,57 Gd., 6,60 Br. Weizen per Mai-Juni 6,38 Gd., 6,40 Br. Rohraps pr. August-September 14.

Paris, 1. Mai. (Produktenmarkt.) (Schlußbericht.) Weizen fest, per Mai 25,75, per Juni 26,25, per Juli-August 26,75, per September-Dezember 27,25. — Roggen rubig, per Mai 16,80, per September-Dezember 18,75. Weizen 9 Marques fest, per Mai 56,60, per Juni 57,40, per Juli-August 58,75, per September-Dezember 59,30. Rüböl rubig, per Mai 97,75, per Juni 97,75, per Juli-August 94,00, per Sept.-Dezbr. 78,00. — Spiritus fest, per Mai 49,50, per Juni 50,25, per Juli-August 51,25, per September-Dezember 51,00. — Wetter: Veränderlich.

Paris, 1. Mai. Rohzucker 88° loco rubig, 52,75 a 53,00. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. per Mai 61,00, per Juni 61,25, per Juli-August 61,75, per Oktober-Januar 60,25.

London, 1. Mai. An der Rüste angeboten 10 Weizenladungen.

London, 1. Mai. Havanna-Zucker Nr. 12 23 1/2 nominell. Centrifugal-Cuba —.

Liverpool, 1. Mai. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Roth-malcher Umsatz 14,000 Ballen. Fest. Tagesimport 7000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 1. Mai. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 10000 B., davon für Spekulation und Export 1000 Ballen. Fest. Middl. amerikanische August-September-Lieferung 5 1/2 d.

Liverpool, 1. Mai. Getreidemarkt.) Weizen und Mehl stetig. Mais 1/2 d. höher. — Wetter: Prachtvoll.

Manchester, 1. Mai. 12r Water Armitage 7, 12r Water Taylor 7 1/2, 20r Water Nicholls 8 1/2, 30r Water Clayton 9 1/2, 32r Mod Tomhead 9 1/2, 40r Rule Milling 9 1/2, 40r Redio Wilkinson 10 1/2, 32r Waterpops Lees 8 1/2, 36r Waterpops Dual Rowland 9 1/2, 40r Double Weston 10 1/2, 60r Double courante Dual. 14 1/2, Printers 11 1/2 8 1/2 pfd. 85 1/2. Anziehend.

Petersburg, 1. Mai. (Produktenmarkt.) Talg loco 75,00, pr. August 73,00. Weizen loco 14,00. Roggen loco 9,25. Hafer loco 4,90. Hafer loco 94,50. Weizen (9 Pud) loco 14,40. — Wetter: Kalt.

Antwerpen, 1. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 19 bez. u. per Juni 19 1/2 Br., per September 20 1/2 Br., per Sept.-Dezember 20 1/2 Br. Rubig.

Antwerpen, 1. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen unverändert. Hafer unbeliebt. Gerste rubig.

Amsterdam, 1. Mai. Wegen der Eröffnung der internationalen Ausstellung bleiben die Börsen und der Getreidemarkt heute geschlossen. Newyork, 30. April. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 10 1/2, do. in New-Orleans 9 1/2, Petroleum Standard white in Newyork 7 1/2 Gd., do. in Philadelphia 7 1/2 Gd., rohes Petroleum in Newyork 7, do. Pipe line Certifikates — d. 89 C. — Mehl 4 D. 30 C. — Rother Winterweizen loco I D. 23 1/2 C., do. per April I D. 22 C., do. pr. Mai I D. 24 C., do. pr. Juni I D. 25 1/2 C. Mais (New) — d. 67 1/2 C. — Zucker (Fair refining Muscovados) 7, Raffee (fair Rio) 9 1/2, Schmalz Marke (Wilcox) 11 1/2, do. Fairb. 12 1/2, do. Robe u. Brothers 11 1/2. Speck 11 1/2. Getreidefracht nach Liverpool 1 1/2.

Newyork, 30. April. Weizen-Vershipfungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 58,000, do. nach Frankreich 23,000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 7000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien 40,000, do. do. nach Frankreich 5000, do. do. nach anderen Häfen des Kontinent 5000 Orts.

Stettin, 1. Mai. [An der Börse.] Wetter: Fegnerisch. + 7° R. Barometer 28,0. Wind: Nord.

Weizen wenig verändert, per 1000 Kilo loco gelber 172—191 M., weißer 172—191 Mark bez., geringer und feuchter 140—165 Mark. per Mai 193—193,5 M. bez., per Mai-Juni 193—192,5 Mark bez., Juni-Juli 193—192,5 Mark bez., per Juli-August 194 M. Gd., per September-Oktober 197—197,5 M. bez. — Roggen rubig, per 1000 Kilogramm loco inländischer 124 bis 137 M., geringer u. feuchter — M., per Mai 139—138,5 M. bez. u. Gd., per Mai-Juni 138—139 bis 138,5 M. bezahlt, Gd. u. Br., per Juni-Juli 141,5—140,5 M. bezahlt, Gd. u. Br., per Juli-August 143—142,5 Mark bez., per September-Oktober 144—143,5—144 Mark bezahlt, Br. u. Gd., per Oktober-November 145 Mark Br., 144,5 M. Gd. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco Märker und Oberbruch, gewöhnliche 118 bis 124 Mark, bessere 124 bis 135 Mark, feine 136 bis 156 Mark. — Hafer behauptet, per 1000 Kilo loco Pommerischer 118—124 M. — Winterweizen unverändert, per 1000 Kilogramm per Mai — M. bez., per September-Oktober 285 M. Br. — Winterweizen per 1000 Kilo — M. — Rüböl: geschäftslos, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Reimaleiten flüssiges 70 M. Br., abgel. Anmeldung — M. bez., per Mai 68 Mark Br., per Mai-Juni 68 Mark Br., per September-Oktober 62 Mark Br. — Spiritus fester, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 53 M. bez., mit Faß — M., kurze Lieferung ohne Faß M., per Mai 51,3 M. bez., per Mai-Juni 52,8—53,1 Mark bezahlt, per Juni-Juli 53,8 M. Br. u. Gd., per Juli-August 54,6 M. Br. u. Gd., per August-September 55,2—55 M. bez., per September-Oktober 53,8 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: 1000 Zentner Weizen, 5000 Ztr. Roggen, 500 Zentner. Rüböl, 10,000 Liter Spiritus. — Regulirungspreise: Weizen 193 M., Roggen 139 M., Rüböl — M., Rüböl 68 M., Spiritus 53,1 M. — Petroleum loco 7,9 Mark transito bezahlt, Regulirungspreis 7,9 Mark trans., alte Usance 8,15 M. trans. bezahlt, per September-Oktober — Mark. — Spring-Crown- und Fullbrand 48 M. transito bez. — Aktien ohne Handel. (Office-Btg.)

Produkten-Börse.

Berlin, 1. Mai. Die Tendenz der verschiedenen Artikel war am heutigen Markte keine einmüthige.

Lofo-Weizen, mehr offerirt, blieb vernachlässigt, obwohl billiger käuflich. Im Terminverehr ging es recht lebhaft zu.

Lofo-Roggen hatte schleppenden Verkehr zu festen, für seine Waare sogar etwas besseren Preisen. Der Terminverehr, welcher ziemlich lebhaft verlief, erfuhr wenig Kurschwankungen.

Lofo-Gafer behauptet. Termine billiger. Roggenmehl preisbehaltend. Mais still. Termine behauptet. Rübdöl in naher Lieferung knapp und wesentlich höher auf die Nachricht von dem nunmehr positiven Zustandekommen des Pariser Cphraisi-Konfortiums.

Petroleum gut behauptet. Spiritus wenig belebt, hielt sich auf der Höhe der gestrigen Notirungen. Die starke Kündigung hatte keinen Einfluss. Das Plazlager ist unverändert ca. 6 1/2 Mill. Liter.

(Amtlich.) Weizen per 1000 Kilogramm loco 130-205 Mark nach Qual., polnischer - ab Bahn bez., fein weiß - ab Bahn bez., gelbe Lieferungsqualität 191 Mark, per diesen Monat 191,5-191 Mark bez.

gelber schlesischer - bez., besserer schlesischer - bez., weißer märkischer - M., per Mai-Juni 188-187-188 bez., per Juni-Juli 188-187 bis 188 bezahl, per Juli-August 190,5-189,5-190 bez., per August-September - bez., per September-Oktober 195-193,75 bez., per Oktober-November - bez., Durchschnittspreis - bez., Gefündigt 3000 Sthr. per 5000 Kilogramm.

Roggen per 1000 Kilogramm loco 126-144 nach Qualität, Lieferungsqualität 143 M., inländ. feiner 142-143,5, mittel 134 bis 136, guter 138-141 ab Bahn bez., per diesen Monat 143,5-143 bez., per Mai-Juni 143,5-143 bez., per Juni-Juli 144,5-144,25 bez., per Juli-August 144,5-145,25 bez., per August-September - bez., per September-Oktober 147,5-147,25. Gefündigt 20,000 Sthr. Durchschnittspreis - M. Kündigungspreis - M.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 120-200 nach Qualität, gute polnische -

Gafer per 1000 Kilogramm loco 118-155 nach Qualität, Lieferungsqualität 126,5 M., guter preussischer 133-140, feiner - bez., guter vom 126-133, per diesen Monat 121-126,5 bez., per Mai-Juni 121-126,5 bez., per Juni-Juli 129-128,5 bez., per Juli-August 130,5-130 bez., Gefündigt 41,000 Sthr. Kündigungspreis - M. per 1000 Kilogramm.

Erbisen Kochwaare 160-220, Futterwaare 145-155 per 1000 Kilogramm nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Saft. Lofo und per diesen Monat 27,75 M., per Mai-Juni - per Juni-Juli 28,1 bez., per Juli-August 28,5 M. Durchschnittspreis -

Trockene Kartoffelfärke per 100 Kilogramm brutto inkl. Saft. Lofo und per diesen Monat 27,75 M., per Mai-Juni - per Juni-Juli 28,1 bez., per Juli-August 28,5 M. Durchschnittspreis -

Der Kapitalmarkt wies feste Haltung für heimische solide Anlagen auf und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten im Allgemeinen ihren Preisstand behaupten bei stillen Geschäft.

Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei meist wenig veränderten aber festen Kursen.

Der Privatdiskont wurde mit 2 1/2 Prozent für feinste Briefe notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditaktien mit einigen Schwankungen mäßig lebhaft um; Franzosen waren behauptet und still, auch Lombarden wenig beachtet.

Von den Lombarden Fonds sind Russische Anleihen als ziemlich fest, Oesterreich-Ungarische Rente und Italiener als unverändert und still zu nennen.

Feuchte Kartoffelfärke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Saft. Lofo und per diesen Monat - per Oktober-November -

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unverfeuert inkl. Saft per diesen Monat 20,5 bez., per Mai-Juni 20,4 bez., per Juni-Juli 20,6 bez., per Juli-August 20,8 bez., per September-Oktober - bez., Gefündigt 1000 Sthr. Durchschnittspreis -

Weizenmehl Nr. 00 27,25, Nr. 0 24,75-23, Nr. 0 u. 1 22-21. Roggenmehl Nr. 0 22,21, Nr. 0 u. 1 20,50-19,25. Feine Marken über Notiz bezahl.

Rübdöl per 100 Kilogramm loco mit Faß - M., ohne Faß - bez., per diesen Monat 73-73,2 bez., per Mai-Juni 72 bez., per Juli-August - bez., per September-Oktober 61,4 bez., per Oktober-November - bez., Gefündigt 3600 Sthr. Durchschnittspreis -

Petroleum, raffiniertes (Standard white) per 100 Kilogr. mit Faß in Fässen von 100 Kilogr., loco - M., per diesen Monat 24 M., per September-Oktober 23,8 bez., Gefündigt - Zentner.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter pEt. loco ohne Faß 53,4 bez., loco mit Faß - bez., mit leibweinen Gebinden - bezahl, ab Speicher - bez., frei Haus - M., per diesen Monat und per Mai-Juni 53-53,2 bez., per Juni-Juli 54-53,7 bis 54 bezahl, per Juli-August 54,7-54,9 bez., per August-September 55,1-55,3 bez., per September-Oktober 54,2-54,3 bez., per Oktober-November - bez., per November-Dezember - bez., Gefünd. 70,000 Liter. Durchschnittspreis -

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 1. Mai. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit theilweise abgeschwächten Kursen auf spekulativem Gebiet. Die Spekulation hielt sich sehr reservirt und Geschäft und Umsätze bewegten sich in engen Grenzen. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Meldungen boten geschäftliche Anregung dar und gemannen hier auf die Stimmung keinen bemerkenswerthen Einfluss.

Auf spätere Wiener Notirungen besserte sich die Tendenz, die Kurse zogen vielfach etwas an, aber der Verkehr blieb auch dann noch sehr beschränkt.

Umrechnungs-Sätze: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franken = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Rire Sterling = 20 Mark.

Deutsche und preussische Staatsfonds und inländische Eisenbahnprioritäten waren fest und ruhig.

Bankaktien ziemlich fest und wenig lebhaft. Diskonto Kommandit-Antheile schwächer, Deutsche Bank, Darmstädter Bank fester.

Industriepapiere fest, Montanwerthe schwächer. Inländische Eisenbahnaktien lagen schwach und ruhig; Oesterreichische, Rechte Oederuferbahn, Ostpreussische Südbahn, Marienburg-Mlawka matter, Medlenburgische fest.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and stock prices. Columns include 'Wechsel-Kurse', 'Ausländische Fonds', 'Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien', 'Berlin-Dresd. St. G.', 'Deutsche Reichsbank', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'. Each entry includes a description of the instrument, its value, and the exchange rate or price.